

MATERIAL COMPLIANCE NORM



Inhalt

1	Einleitung	1
2	Begriffe und Abkürzungen	3
3	Liste der gesetzlich reglementierten Stoffe	6
3.1	Stoffreglementierungen und Verbote – Notwendig für alle Produkte.....	6
3.1.1	Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 REACH – Anhang XIV - Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe	6
3.1.2	Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 REACH – Anhang XVII – Verzeichnis der beschränkten Stoffe	6
3.1.3	Richtlinie 2011/65/EU - RoHS	7
3.1.4	Chemikalien-Verbotsverordnung - ChemVerbotsV	7
3.1.5	Verordnung (EG) Nr. 2019/1021 über persistente org. Schadstoffe (POP).....	8
3.1.6	Richtlinie 94/62/EG - Verpackungsrichtlinie.....	8
3.1.7	Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)	8
3.2	Stoffreglementierungen und Verbote – Notwendig für Produkte aus unterschiedlichen Geltungsbereichen	9
3.2.1	Richtlinie 2006/66/EG - Batterierichtlinie	9
3.2.2	Proposition 65 - Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986	9
3.2.3	Verordnung (EU) Nr. 528/2012 - Biozidprodukte-Verordnung.....	9
3.2.4	Dodd-Frank Act.....	10
3.3	Deklarationspflichtige Stoffe	11
3.3.1	SVHC Kandidatenliste	11
3.4	Produktionshilfsstoffe und Betriebsstoffe.....	12
3.4.1	Sicherheitsdatenblätter (SDB).....	12

1. Einleitung

Diese Material Compliance Norm (nachfolgend „MCN“ genannt) der Motorenfabrik Hatz GmbH & CO. KG (nachfolgend „HATZ“ genannt) und der Hatz Components beschreibt die Anforderungen bezüglich aller bekannten gesetzlichen verbotenen, beschränkten und deklarationspflichtigen Stoffen. Die MCN in ihrer gültigen Fassung ist im Internet unter www.hatz-diesel.com/unternehmen/materialwirtschaft/einkaufsplattform abrufbar.

Die MCN hat den Zweck, einen materialkonformen Umgang mit Stoffen und Erzeugnissen in der Entwicklung, Herstellung, dem Handel und der Verwendung zu gewährleisten.

Sollten etwaige Gesetzesänderungen in dieser MCN noch nicht abgebildet sein, so entbindet dies den Lieferanten nicht von der Pflicht diese Gesetzesänderungen zu berücksichtigen und die aktuellen, jeweils geltenden, gesetzlichen Vorgaben einzuhalten.

Der Lieferant ist verpflichtet, sich die jeweils aktuelle Richtlinie, Gesetze und Normen selbst zu beschaffen.

Die Material Compliance Anforderungen gelten gleichwertig mit sonstigen Produkthanforderungen von HATZ/ Hatz Components und ersetzen diese nicht.

Der Lieferant verpflichtet sich, dass alle Produkte und deren Verpackungen sowohl den gesetzlichen als auch den Anforderungen der MCN entsprechen, um ein regelkonformes Inverkehrbringen und Entsorgen zu gewährleisten.

Produkte und Rohstoffe unbekannter Herkunft und/oder Zusammensetzung, oder Rohstoffe, von denen keine hinreichenden Materialdaten vorliegen, dürfen nicht verwendet werden.

Im Einzelfall sind HATZ/ Hatz Components auf Anforderung die technischen Datenblätter aller verwendeten Rohstoffe und Hilfsstoffe zur Erstbemusterung vorzulegen. HATZ/ Hatz Components behält sich im Einzelfall vor, Prüfungen und Laboruntersuchungen an Materialien durchzuführen. Stellt sich heraus, dass ein Stoff den gesetzlichen Anforderungen oder denen der MCN nicht entspricht, trägt der Lieferant die Kosten der Prüfungen und Laboruntersuchungen.

Der Lieferant verpflichtet sich, die zur Prüfung der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der vorliegenden Norm erforderlichen Materialinformationen kostenfrei zu übermitteln und die angefragten Materialdateninformationen in der DataCross Plattform zu hinterlegen.

Der Lieferant wird nicht über Änderungen der MCN oder Versionierungen dieser Norm benachrichtigt und verpflichtet sich mindestens alle 6 Monate zu prüfen, ob die MCN in aktualisierter Form vorliegt. Die jeweils aktuelle Fassung ersetzt die Vorgängerversion und ist mit sofortiger Wirkung gültig.

Die vorliegende MCN wurde durch die tec4U - Solutions GmbH, Saar-Lor-Lux-Straße 13, D-66115 Saarbrücken erstellt. Eine Benutzung und/oder Vervielfältigung der Norm ist dem Unternehmen HATZ/ Hatz Components und den Beteiligten der Lieferantenkette gestattet. Für eine Nutzung der Norm, ganz oder in Teilen, außerhalb der Lieferantenkette, muss eine Genehmigung der tec4U - Solutions GmbH eingeholt werden.

Kontaktinformationen des Material Compliance Verantwortlichen bei HATZ/ Hatz Components:

Monika Hötzl
Ernst-Hatz-Str. 16
94099 Ruhstorf a. d. Rott
Telefon: (0 85 31) 319-441
E-Mail: m.hoetzl@hatz-diesel.de

2. Begriffe und Abkürzungen

Stoff:

Chemisches Element und seine Verbindungen in natürlicher Form oder gewonnen durch ein Herstellungsverfahren, einschließlich der zur Wahrung seiner Stabilität notwendigen Zusatzstoffe und der durch das angewandte Verfahren bedingten Verunreinigungen, aber mit Ausnahme von Lösungsmitteln, die von dem Stoff ohne Beeinträchtigung seiner Stabilität und ohne Änderung seiner Zusammensetzung abgetrennt werden können (vgl. REACH Art. 3 Abs. 1).

Beispiele für chemische Verbindungen

Organisch: Ethanol, Aldehyde

metallisch: Eisen, Kupfer; Zinn

mineralisch: Ton, Lehm

Zubereitung:

Gemenge, Gemische oder Lösungen aus zwei oder mehr Stoffen (Mischung und Zubereitung sind synonym).

Beispiele für Zubereitungen:

Gemenge: Samen

Gemisch: Legierung

Lösung: Octan im Benzin

Homogener Werkstoff:

Ein Werkstoff von durchgehend gleichförmiger Zusammensetzung oder einen aus verschiedenen Werkstoffen bestehenden Werkstoff, der nicht durch mechanische Vorgänge wie Abschrauben, Schneiden, Zerkleinern, Mahlen und Schleifen in einzelne Werkstoffe zerlegt oder getrennt werden kann (vgl. RoHS Art. 3 Abs. 20). Beispiele von homogenen Werkstoffen sind Einzeltypen von Kunststoffen, Keramiken, Gläsern, Metallen, Legierungen, Kunstharzen und Beschichtungen.

Absichtlich hinzugefügt:

Im Allgemeinen bekannt als die absichtliche Verwendung eines Stoffes, welches in einem Erzeugnis enthalten ist, um eine bestimmte Eigenschaft, Aussehen oder eine bestimmte Qualität zu erzeugen.

Batterie oder Akkumulator:

Eine aus einer oder mehreren (nicht wieder aufladbaren) Primärzellen oder aus einer oder mehreren (wieder aufladbaren) Sekundärzellen bestehende Quelle elektrischer Energie, die durch unmittelbare Umwandlung chemischer Energie gewonnen wird.

Verpackungen:

Aus beliebigen Stoffen hergestellte Produkte zur Aufnahme zum Schutz, zur Handhabung, zur Lieferung und zur Darbietung von Waren, die vom Rohstoff bis zum Verarbeitungserzeugnis reichen können und vom Hersteller an den Benutzer oder Verbraucher weitergegeben werden. Auch alle zum selben Zweck verwendeten „Einwegartikel“ sind als Verpackungen zu betrachten (vgl. EU- Verpackungsrichtlinie Art. 3 Abs. 1)

Verpackungskomponenten:

Teile der Verpackung, die von Hand oder durch einfache mechanische Vorgänge getrennt werden können. Zusatzelemente, die unmittelbar an einem Produkt hängen oder befestigt sind und eine Verpackungsfunktion erfüllen, gelten als Verpackungen, es sei denn, sie sind integraler Teil des Produkts.

Verbotene Stoffe:

Verbotene Stoffe dürfen in Erzeugnissen, Bauteilen, Werkstoffen, Zubereitungen sowie Hilfs- und Betriebsstoffen nicht oberhalb der in diesem Dokument angeführten Grenzwerte enthalten sein. Diese Stoffe dürfen nur als natürliche Verunreinigungen enthalten sein, sie dürfen nicht absichtlich hinzugeführt werden. Verunreinigungen mit diesen Stoffen sind qualitativ anzugeben.

Deklarationspflichtige Stoffe:

Die als deklarationspflichtig eingestuften Stoffe sind in einigen Anwendungen nicht erwünscht und sind oberhalb der angegebenen Grenzwerte zu deklarieren. Die aufgeführten Stoffe müssen für jedes Erzeugnis, Bauteil, Werkstoff, Stoffzubereitung, Hilfs- oder Betriebsstoff angegeben werden. Für die einzelnen Stoffe sind im Dokument Gehaltsgrenzen spezifiziert. Unterhalb dieser Grenzwerte entfällt die Deklaration.

Anwendung:

Bedeutet, dass sich der Grenzwert des Stoffes auf das Material oder das Teil bezieht, in dem der Stoff zum Erreichen einer gewünschten Funktionalität enthalten ist.

Erzeugnis:

Gegenstand, der bei der Herstellung eine spezifische Form, Oberfläche oder Gestalt erhält, die in größerem Maße als die chemische Zusammensetzung seine Funktion bestimmt.

Antragsschluss (Latest application date)

Bis zu diesem Termin muss gemäß der REACH Verordnung ein Zulassungsantrag vorliegen (Datum liegt mindestens 18 Monate vor dem Ablauftermin), damit der Stoff auch weiterhin verwendet werden kann (Deadline).

Informationen zum Zulassungsantrag und dem formellen Ablauf eines Zulassungsgesuches finden Sie unter:

<https://echa.europa.eu/de/applying-for-authorisation>

Ablauftermin (Sunset date):

Nach diesem Datum ist das in Verkehr bringen und die Verwendung eines im Anhang XIV der REACH-Verordnung gelisteten Stoffes verboten, es sei denn es wurde eine Zulassung erteilt.

Allergene:

Ein Allergen ist eine Substanz, die über Vermittlung des Immunsystems Überempfindlichkeitsreaktionen (allergische Reaktionen) auslösen kann.

CAS Nummer:

Die CAS-Nummer (auch CAS-Registrierungsnummer und CAS-Registernummer, engl. CAS Registry Number, CAS = Chemical Abstracts Service) ist ein internationaler Bezeichnungsstandard für chemische Stoffe. Für jeden in der CAS-Datenbank registrierten chemischen Stoff (auch Biosequenzen, Legierungen, Polymere) existiert eine eindeutige CAS-Nummer.

Bezugsquellen/Hilfestellungen:

Plattform für Europäische Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse, in allen bestehenden Versionen und offiziellen europäischen Sprachen – in der Suchmaske müssen dazu das Veröffentlichungsjahr und die Veröffentlichungsnummer eingegeben werden

<http://eur-lex.europa.eu/>

Supportbereich der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA):

<https://echa.europa.eu/support/guidance>

REACH-CLP-Biozid Helpdesk – Nationale Auskunftsstelle des Bundes:

<http://www.reach-clp-biozid-helpdesk.de/de/Startseite.html>

REACH Helpdesk – Deutsches Umweltbundesamt:

<http://www.reach-info.de>

Plattform für deutsche Gesetze

<https://www.gesetze-im-internet.de/>

3. Liste der gesetzlich reglementierten Stoffe

3.1 Stoffreglementierungen und Verbote – Notwendig für alle Produkte

Die unter Punkt 3.1 beschriebenen stoffrechtlichen Anforderungen gelten für alle Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse. Der Anwendungskontext wird im entsprechenden Gesetz genau beschrieben.

3.1.1 Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 REACH – Anhang XIV - Verzeichnis der zulassungspflichtigen Stoffe

Die Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (kurz „REACH“) ist am 01.06.2007 in Kraft getreten.

Die Aufnahme eines Stoffes aus der Liste der besonders besorgniserregenden Stoffe in den Anhang XIV der REACH-Verordnung führt am Ende des Verfahrens zu einer Zulassungspflicht für diesen Stoff. Nach einer Übergangszeit darf der Stoff nur noch mit einer Zulassung verwendet werden oder seine Verwendung ist verboten.

Die Erläuterungen zu den Begriffen Antragschluss und Ablauftermin sind unter Punkt 2 Begriffsbestimmungen und Abkürzungen zu finden.

Unter dem folgenden Link können Sie den aktuellen Anhang XIV der REACH Verordnung aufrufen:

<https://echa.europa.eu/de/authorisation-list>

3.1.2 Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 REACH – Anhang XVII – Verzeichnis der beschränkten Stoffe

In Anhang XVII der REACH Verordnung werden festgelegte Stoffe in individuellen/vom Gesetzgeber definierten Anwendungen reglementiert oder verboten.

Unter dem folgenden Link können Sie den aktuellen Anhang XVII der REACH Verordnung aufrufen:

<https://echa.europa.eu/de/substances-restricted-under-reach>

3.1.3 Richtlinie 2011/65/EU - RoHS

Die Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 08. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (RoHS Richtlinie) trat am 02. Januar 2013 in Kraft.

Die RoHS Stoffreglementierungen beziehen sich auf die Maximalkonzentrationen im homogenen Werkstoff jedes Erzeugnisses.

Tabelle 1: Stoff Reglementierungen der RoHS Richtlinie

Substanzgruppen	Maximalkonzentration im homogenen Werkstoff in Prozent
Cadmium und Cadmiumverbindungen	0,01%
sechswertiges Chrom (Cr6+) und Cr6+ Verbindungen	0,10%
Blei und Bleiverbindungen	
Quecksilber und Quecksilberverbindungen	
Polybromierte Diphenylether (PBDE)	
Polybromierte Biphenyle (PBB)	
Di(2-ethylhexyl) phthalat (DEHP)	
Butylbenzylphthalat (BBP)	
Dibutylphthalat (DBP)	
Diisobutylphthalat (DIBP)	

3.1.4 Chemikalien-Verbotsverordnung - ChemVerbotsV

Die Verordnung über Verbote und Beschränkungen des Inverkehrbringens gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse nach dem Chemikaliengesetz ist ein bundesdeutsches Gesetz, das spezielle nationale Anforderungen zusätzlich zur REACH Verordnung vorschreibt. Da REACH als Verordnung direkt in den EU-Mitgliedstaaten gilt, wurde im Jahr 2016 eine Novellierung der ChemVerbotsV verabschiedet, die die Anforderungen aus der REACH und CLP - Verordnung mit dem deutschen Chemikalienrecht vereint. Es werden zusätzlich noch die nationalen Anforderungen für folgende Stoffe und Stoffgruppen festgelegt:

Tabelle 2: ChemVerbotsV Stoff und Stoffgruppen

Stoffe/Gemische
Formaldehyd
Dioxine und Furane
Pentachlorphenol
Biopersistente Fasern

Die Anforderungen welche am 01.01.2019 in Kraft getreten sind, sowie die aufgeführten Ausnahmen, sind dem Gesetzestext zu entnehmen.

http://www.gesetze-im-internet.de/chemverbotsv_2017/index.html

3.1.5 Verordnung (EG) Nr. 2019/1021 über persistente org. Schadstoffe (POP)

Diese EU-Verordnung setzt unter anderem das Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe um. Das Stockholmer Übereinkommen ist eine Übereinkunft über völkerrechtlich bindende Verbots- und Beschränkungsmaßnahmen für bestimmte langlebige organische Schadstoffe. Somit verbietet oder beschränkt das Übereinkommen die Herstellung, Verwendung und den Handel von gefährlichen Chemikalien.

Weiterführende Informationen zum Stockholmer Übereinkommen finden Sie auf der offiziellen Internetseite unter folgendem Link:

<http://chm.pops.int/>

Den Text der europäischen Umsetzung finden Sie im auf der Plattform der Europäischen Union:

<http://eur-lex.europa.eu/>

3.1.6 Richtlinie 94/62/EG - Verpackungsrichtlinie

Die RICHTLINIE 94/62/EG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 20. Dezember 1994 über Verpackungen und Verpackungsabfälle beschränkt die Konzentration von Schwermetallen in Verpackungen.

Tabelle 3: Stoffbeschränkung Verpackung

Reinstoffe und Stoffgruppen	Maximalkonzentration in Verpackungen oder Verpackungskomponenten in Gewichts-ppm
Blei, Kadmium, Quecksilber und Chrom-VI	100*

*kumulativ

3.1.7 Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)

Das Produktsicherheitsgesetz (ProdSG) ist der Nachfolger des ursprünglichen Geräte- und Produktsicherheitsgesetzes (GPSG) und seit dem 01. Dezember 2011 in Kraft. Es ist die zentrale Rechtsvorschrift für die Sicherheit von Geräten, Produkten und Anlagen.

Mit dem ProdSG sowie den auf Grundlage § 8 ProdSG erlassenen Produktsicherheitsverordnungen (ProdSV) werden insgesamt 11 europäische Binnenmarktrichtlinien sowie die Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit 2001/95/EG in deutsches Recht umgesetzt.

Dieses Gesetz gilt, wenn im Rahmen einer Geschäftstätigkeit Produkte auf dem Markt bereitgestellt, ausgestellt oder erstmals verwendet werden. Eine Markteinführung ist gemäß §3 nur dann erlaubt, "wenn es bei bestimmungsgemäßer oder vorhersehbarer Verwendung die Sicherheit und Gesundheit von Personen nicht gefährdet".

Neben diesen europäischen Aspekten enthält das ProdSG aber auch Teile, die rein deutschen Ursprungs sind, wie z.B. die Regelungen zum **GS-Zeichen** in Abschnitt 5. des Gesetzes.

http://www.gesetze-im-internet.de/prodsg_2011/index.html

3.2 Stoffreglementierungen und Verbote – Notwendig für Produkte aus unterschiedlichen Geltungsbereichen

Im Gegensatz zu den Stoffreglementierungen in Abschnitt 3.1 muss hier vom Lieferanten überprüft werden, ob seine Produkte in den Geltungsbereich der jeweiligen Anforderung fallen. Sollte es dem Lieferanten nicht möglich sein diesen Sachverhalt selbstständig zu klären, muss er Rücksprache mit HATZ/ Hatz Components halten.

3.2.1 Richtlinie 2006/66/EG - Batterierichtlinie

Die Richtlinie 2006/66/EG - des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. September 2006 über Batterien und Akkumulatoren sowie Altbatterien und Altakkumulatoren und zur Aufhebung der Richtlinie 91/157/EWG beschränkt den Einsatz von Quecksilber und Cadmium in Batterien und Akkumulatoren.

Tabelle 4 Stoff Reglementierungen der Batterierichtlinie

Reinstoffe	Maximalkonzentration im Artikel in Prozent	Anwendungsbeschränkungen
Quecksilber und Quecksilberverbindungen	0,0005%	Batterien und Akkumulatoren
Cadmium und Cadmiumverbindungen	0,002%	Gerätebatterien und -akkumulatoren

3.2.2 Proposition 65 - Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986

Der „Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986“ (auch bekannt als California Proposition 65) ist ein 1986 in Kraft getretenes kalifornisches Gesetz, das die Sauberkeit des Trinkwassers fördert. Es soll weiterhin verhindern, dass krebserregende Substanzen sowie Stoffe, die zu Missbildungen führen können, in Verbraucherprodukte gelangen.

„Niemand darf im Rahmen seiner Geschäftstätigkeit, egal ob wissentlich oder unwissentlich, andere Menschen einer Chemikalie aussetzen, die nach dem aktuellen Wissensstand Krebs auslösen oder zu Missbildungen bei Neugeborenen führen kann, ohne die Verbraucher klar, deutlich und in angemessenem Rahmen über dieses Risiko aufzuklären.“ – California Proposition 65, The Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986.

HATZ/ Hatz Components möchte über die Anwesenheit von Proposition 65 Stoffen in gelieferten Artikeln vom Lieferanten unterrichtet werden.

3.2.3 Verordnung (EU) Nr. 528/2012 - Biozidprodukte-Verordnung

Am 1. September 2013 ist die Verordnung über Biozidprodukte (BPR, EU-Verordnung Nr. 528/2012) über die Bereitstellung und Verwendung von Biozidprodukten auf dem europäischen Markt in Kraft getreten. Mit dieser Verordnung ist die Zulassung von Bioziden in der Europäischen Union einheitlich geregelt und erfolgt in einem gestuften Verfahren.

Jeder Lieferant von HATZ/ Hatz Components ist verpflichtet die Vorgaben und Verpflichtungen für

- Biozidprodukte
- Behandelte Ware

vollumfänglich zu erfüllen, wenn sein Produkt in den Rahmen der Verordnung fällt.

Alle Werkstoffe, Materialien und Bauteile, welche mit Stoffen mit biozider Wirkung behandelt wurden, müssen die Anforderungen der EU-Biozidverordnung einhalten.

3.2.4 Dodd-Frank Act

Titel Fünfzehn des Dodd-Frank Act (Sec. 1502) erlegt den Unternehmen, die bestimmte Konfliktminerale verwenden (Gold, Wolfram, Zinn, Tantal), Dokumentations- und Publizitätsverpflichtungen auf, die sicherstellen sollen, dass keine Rohstoffe verwendet werden, die dazu dienen, den bewaffneten Konflikt in der Demokratischen Republik Kongo oder einem angrenzenden Land zu finanzieren.

HATZ/ Hatz Components muss im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Aussagen zu möglichen Konfliktmineralien an Kunden tätigen. Deshalb möchten wir von allen Lieferanten deren Produkte mindestens eines der vier Metalle

- Gold
- Wolfram
- Zinn
- Tantal

beabsichtigt enthalten eine Konfliktmineralienaussage in Form des Conflict Minerals Reporting Template der Responsible Minerals Initiative (RMI) in der jeweils aktuell gültigen Version.

3.3 Deklarationspflichtige Stoffe

3.3.1 SVHC Kandidatenliste

Die aktuelle Version der offiziellen SVHC Kandidatenliste nach REACH (Verordnung 1907/2006/EG) kann jederzeit unter der Adresse:

http://echa.europa.eu/chem_data/authorisation_process/candidate_list_table_en.asp

abgerufen werden.

Nach Artikel 33 der REACH Verordnung ist jeder Lieferant zu Folgendem verpflichtet:

(1) Jeder Lieferant eines Erzeugnisses, das einen die Kriterien des Artikels 57 erfüllenden und gemäß Artikel 59 Absatz 1 ermittelten Stoff in einer Konzentration von mehr als 0,1 Massenprozent (w/w) enthält, stellt dem Abnehmer des Erzeugnisses die ihm vorliegenden, für eine sichere Verwendung des Erzeugnisses ausreichenden Informationen zur Verfügung, gibt aber mindestens den Namen des betreffenden Stoffes an.

Besonders besorgniserregende Inhaltsstoffe (SVHC Kandidatenliste) in

- Bauteilen
- Ersatzteilen
- Zubehör
- Verpackungen

Soweit die gelieferten Erzeugnisse Stoffe zu einem Anteil von mehr als 0,1 Gewichts-% besonders besorgniserregende Stoffe enthalten, die in der sogenannten Kandidatenliste gemäß Art. 59 Abs. 1 der Verordnung 1907/2006/EG veröffentlicht werden, ist der Auftragnehmer verpflichtet, unaufgefordert mit der Lieferung sämtliche Informationen gemäß Art. 33 Abs. 1 der Verordnung 1907/2006/EG bereitzustellen. Dies gilt auch dann, wenn ein solcher Stoff erst während der laufenden Lieferbeziehung in die Kandidatenliste aufgenommen wird.

Privaten Verbrauchern ist diese Information auf Rückfrage binnen 45 Tagen kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes gilt das Konzept „Einmal ein Erzeugnis, immer ein Erzeugnis“. Sobald ein Erzeugnis die Konzentrationsgrenze von 0,1% überschreitet ist die Anwesenheit dieses SVHC Kandidatenstoffes zu kommunizieren.

3.4 Produktionshilfsstoffe und Betriebsstoffe

3.4.1 Sicherheitsdatenblätter (SDB)

Das Sicherheitsdatenblatt ist das zentrale Element der Kommunikation in der Lieferkette für gefährliche Stoffe und Gemische. Es liefert wichtige Informationen zu folgenden Merkmalen:

- Identität des Produktes
- auftretende Gefährdungen
- sichere Handhabung
- Maßnahmen zur Prävention
- Maßnahmen im Gefahrenfall.

Die Anforderungen an die Inhalte und das Format des Sicherheitsdatenblattes sind in Artikel 31 und Anhang II der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 geregelt.

Der Lieferant eines Stoffes/Gemischs ist dafür verantwortlich, dass das Sicherheitsdatenblatt fachlich richtig und vollständig ausgefüllt ist.

Das Sicherheitsdatenblatt wird HATZ/ Hatz Components auf Papier, in elektronischer Form oder als Downloadmöglichkeit kostenlos spätestens am Tag der 1. Lieferung zur Verfügung gestellt.

Lieferanten aktualisieren das SDB unverzüglich (Art. 31 (9)), wenn

- neue Informationen verfügbar sind, die Auswirkungen auf Risikomanagementmaßnahmen haben können
- eine Zulassung erteilt oder versagt wurde
- eine Beschränkung erlassen wurde

Die korrigierte Fassung muss dem Kunden, sollte dieser innerhalb der letzten 12 Monate beliefert worden sein, zur Verfügung gestellt werden.

Erstellt: 04.12.2020 durch tec4U - Solutions GmbH, Saar-Lor-Lux-Straße 13, D-66115 Saarbrücken

Geprüft: 05.12.2020 durch Dr. Schubart Doris, Stroppa Oliver und Hötzl Monika

MATERIAL COMPLIANCE STANDARD



Content

1. Introduction	14
2. Terms and Abbreviations used.....	15
3 List of legally regulated substances	18
3.1 Substance regulations and prohibitions – relevant for all products	18
3.1.1 Regulation (EC) No. 1907/2006 (REACH) – List of substances included in Annex XIV of REACH ("Authorization List").....	18
3.1.2 Regulation (EC) No. 1907/2006 (REACH) – Annex XVII – List of restricted substances.....	18
3.1.3 Directive 2011/65/EU - RoHS.....	19
3.1.4 Ordinance on the prohibition of chemicals - ChemVerbotsV.....	19
3.1.5 Regulation (EU) Nr. 2019/1021 on persistente org. pollutants (POP)	20
3.1.6 Directive 94/62/EC - packaging directive	20
3.1.7 Product Safety Act (PSA).....	20
3.2 Substance regulations and prohibitions – relevant for products from various scopes .	21
3.2.1 Directive 2006/66/EC – Battery Directive.....	21
3.2.2 Proposition 65 - Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986	21
3.2.3 Biocides Regulation (EU) No. 528/2012 – Biocide Regulation.....	21
3.2.4 Dodd-Frank Act.....	22
3.3 Declarable substances	23
3.3.1 SVHC candidate list	23
3.4 Auxiliary production materials and operating materials	24
3.4.1 Safety data Sheets (SDS)	24

4. Introduction

This material compliance standard (hereafter referred to as "MCS") of der Motorenfabrik Hatz GMBH & CO. KG („HATZ“) and Hatz Components describes the requirements concerning all known legally prohibited, restricted and declarable substances. The applicable version of the MCS is available online at

www.hatz-diesel.com/unternehmen/materialwirtschaft/einkaufsplattform

The MCS is designed to ensure a handling of substances and products that conforms with the material in their development, production, trade, and use.

Should possible legal changes not be reflected in this MCS yet, this will not release the supplier from the obligation to comply with these legal changes and observe the latest and respectively applicable statutory requirements.

Suppliers are required to procure the current directives, laws and standards as amended from time to time for themselves.

The material compliance requirements are as applicable as other product requirements of HATZ/ Hatz Components and do not replace them.

The supplier pledges that all products and their packaging meet the statutory requirements and requirements of this MCS to ensure that their placing on the market and disposal conform with the regulations.

Products and raw materials of unknown origin and/or composition, or raw materials no adequate material data are available for, must not be used.

In the individual case and upon request, HATZ/ Hatz Components needs to be provided with the technical data sheets of all the raw and auxiliary materials used, for a first article inspection. HATZ/ Hatz Components reserves the right to subject materials to tests and laboratory analyses in individual cases. If it turns out that a substance fails to meet the statutory requirements or requirements of this MCS, the supplier needs to cover the costs of these tests and laboratory analyses.

The supplier pledges to provide the material information required to verify compliance with the statutory requirements and this MCS free of charge, and to file the requested material data information in the DataCross platform.

The supplier will not be notified about changes of the MRN or versioning of this standard and pledges to check every 6 months as a minimum whether the MCS is available in an updated form. The respectively latest version replaces the preceding version and is applicable with immediate effect.

This material compliance standard has been created by tec4U - Solutions GmbH, Saar-Lor-Lux-Strasse 13, D-66115 Saarbrücken. MOTORENFABRIK HATZ GmbH & Co.KG/ Hatz Components and the parties involved in the supplier chain are permitted to use and/or copy this standard. Any other use of this standard, in whole or in parts, outside the supplier chain requires permission by tec4U - Solutions GmbH.

Contact details for the material compliance officer at HATZ/ Hatz Components:

Monika Hötzl

Ernst-Hatz-Str. 16

94099 Ruhstorf a. d. Rott

Phone: (0 85 31) 319-441

Email: m.hoetzl@hatz-diesel.de

5. Terms and Abbreviations used

Chemical compound:

Chemical element and its compounds in the natural state or obtained by a manufacturing process, including the additives necessary to preserve its stability and the impurities resulting from the process used, but excluding solvents which may be separated from the substance without affecting its stability or changing its composition (see REACH Art. 1 para. 1).

Examples of chemical compounds

organic: formaldehyde, ethanol

metallic: iron, copper, tin

mineral: clay, loam

Preparation:

Mixture, mixtures or solutions made up of two or more substances (mixture and preparation are synonyme).

Examples of preparations:

Mixture: seed

Mixture: alloy

Solution: octan in fuel

Homogeneous material:

A material of uniform composition throughout or a material consisting of different materials which cannot be broken down or separated into individual materials by mechanical processes such as unscrewing, cutting, crushing, grinding and sanding (see RoHS Art. 3 para. 20). Examples of homogeneous materials are individual types of plastics, ceramics, glasses, metals, alloys, synthetic resins and coatings.

Intentionally added:

Generally known as the intentional use of a substance contained in a product to produce a particular appearance or quality.

Battery or accumulator:

A source of electrical energy consisting of one or several (non-rechargeable) primary cells or one or several (rechargeable) secondary cells, which is produced by the direct conversion of chemical energy.

Packaging:

Products manufactured from any material for the purpose of protection, handling, supply and presentation of goods which may range from the raw material to the processed product and which are passed on by the manufacturer to the user or consumer. All "disposable articles" used for the same purpose must also be considered as packaging (see EU Packaging Directive Art. 3 (1)).

Packaging components:

Parts of the packaging that can be separated by hand or by simple mechanical processes. Additional elements which are directly attached or attached to a product and which fulfill a packaging function are considered to be packaging unless they are an integral part of the product.

Prohibited substances:

Prohibited (banned) substances may not be contained in articles, components, materials, preparations, auxiliaries and supplies above the limit given in this document. These

substances may only be contained as naturally occurring contaminations; they may not be added intentionally. Contaminations with these substances shall be indicated qualitatively.

Declarable substances:

The substances classified as declarable are undesirable in several applications and shall be declared if above the given limit. The lists substances shall be given for each article, component, material, preparation, auxiliary or supply material. Content limits for the individual substances are specified in the document. Declaration is not necessary below these limits.

Use:

Means that the limit of the substance applies material or part in which the substance is contained to achieve a required function.

Article:

Means an object which during production is given a special shape, surface or design which determines its function to a greater degree than does its chemical composition.

Latest application date

An application for authorization shall be submitted by this date (date is at least 18 months before the expiry date), so that the substance can continue to be used. (Deadline)
Information on the application for authorization and formal procedure can be found at:

<https://echa.europa.eu/de/applying-for-authorisation>

Expiry date:

After this date it is prohibited to use and place a substance listed in Annex XIV of the REACH Regulation on the market, unless an authorization has been granted.

Allergen:

An allergen is a substance that can induce hypersensitivity reactions (allergic reactions) through the mediation of the immune system.

CAS number:

The CAS number (also called the CAS registration number and CAS registry number, CAS = Chemical Abstracts Service) is an international naming standard for chemical substances. A unique CAS number exists for each chemical substance registered in the CAS database (including bio sequences, alloys, polymers).

Sources/assistance:

Platform for European ordinances, directives and resolutions in all existing versions and official European languages – with the year of publication and publication number needing to be entered in the search mask

<http://eur-lex.europa.eu/>

Support section of the European Chemicals Agency (ECHA):

<https://echa.europa.eu/support/guidance>

REACH-CLP biocide helpdesk – national information office of the federal government:

<http://www.reach-clp-biozid-helpdesk.de/de/Startseite.html>

REACH helpdesk – German Federal Environment Agency:

<http://www.reach-info.de>

Platform for German laws:

<https://www.gesetze-im-internet.de/>

3 List of legally regulated substances

3.1 Substance regulations and prohibitions – relevant for all products

The statutory substance requirements described in section 3.1 apply to all materials, preparations and products. The application framework is precisely described in the selected law.

3.1.1 Regulation (EC) No. 1907/2006 (REACH) – List of substances included in Annex XIV of REACH ("Authorization List")

The Regulation (EC) No. 1907/2006 (REACH) entered into force on 01 June 2007.

The inclusion of a substance from the list of substances of very high concern in Annex XIV of the REACH regulation will subject it to an authorization requirement at the end of the procedure. After a transition period, the substance may then only be used with an authorization or its use is prohibited.

Please see section 2 - Terms and Abbreviations used, for explanations of the terms latest application date and expiry date.

You can download the latest REACH Annex XIV from the following link:

<https://echa.europa.eu/de/authorisation-list>

3.1.2 Regulation (EC) No. 1907/2006 (REACH) – Annex XVII – List of restricted substances

Annex XVII of the REACH Regulation regulates or prohibits precisely defined substances in individual applications.

You can download the latest REACH Annex XVII from the following link:

<https://echa.europa.eu/de/substances-restricted-under-reach>

3.1.3 Directive 2011/65/EU - RoHS

Directive 2011/65/EU of the European Parliament and of the Council of 8 June 2011 on the restriction of the use of certain hazardous substances in electrical and electronic equipment (ROHS directive) came into force on 02 January 2013.

The ROHS substance regulations concern maximum concentrations in the homogenous material of every product.

Table 5: Substance regulations of the ROHS directive

Substance	Maximum concentration in homogeneous material
Cadmium and cadmium compounds	0,01%
Hexavalent chromium (Cr6+) and hexavalent chromium (Cr6+) compounds	0,10%
Lead and lead compounds	0,10%
Mercury and mercury compounds	0,10%
Polybrominated diphenyl ethers (PBDE)	0,10%
Polybrominated biphenyls (PBB)	0,10%
Di(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP)	0,10%
Butyl benzyl phthalate (BBP)	0,10%
Dibutyl phthalate (DBP)	0,10%
Diisobutyl phthalate (DIBP)	0,10%

3.1.4 Ordinance on the prohibition of chemicals - ChemVerbotsV

The Ordinance on Prohibitions and Restrictions of the Marketing of Dangerous Substances, Preparations and Products according to the Chemicals Act is a German law stipulating specific national requirements over and beyond the REACH Directive. As REACH is directly applicable in EU member states as a directive, an amendment of the ChemVerbotsV that combines the requirements of the REACH and CLP Directives with German chemicals law was passed in the year 2016. This serves the additional stipulation of national requirements for the following substances and substance groups:

Table 6: ChemVerbotsV substances and substance groups

Substances/mixtures
Formaldehyde
Dioxins and furans
Pentachlorophenol
Biopersistent fibers

Please see the wording of the law for the requirements and listed exceptions, which came into force on 01/01/2019:

http://www.gesetze-im-internet.de/chemverbotsv_2017/index.html

3.1.5 Regulation (EU) Nr. 2019/1021 on persistente org. pollutants (POP)

Amongst other aspects, this EU regulation implements the Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants. The Stockholm Convention, aka POP Convention, is an agreement of prohibition and restriction measures that are binding under international law for specific long-lived organic pollutants. The convention thus prohibits or restricts the production, use and sale of hazardous chemicals.

Further information on the Stockholm Convention and substances listed therein is available from the official website at the following link:

<http://chm.pops.int/>

The text of the European implementation is available from the platform of the European Union:

<http://eur-lex.europa.eu/>

3.1.6 Directive 94/62/EC - packaging directive

European Parliament and Council Directive 94/62/EC of 20 December 1994 on packaging and packaging waste limits the concentration of heavy metals in packaging.

Table 7: Packaging substance restrictions

Substance and substance groups	Maximum concentration in packaging or packaging components in ppm mass fraction
Lead, cadmium, mercury, and chromium VI	100*

*Cumulative

3.1.7 Product Safety Act (PSA)

The Product Safety Act (PSA) is the successor of the original Equipment and Product Safety Act (EPSA) and has been in force since 01 December 2011. It is the central piece of legislation for the safety of devices, products and systems.

The PSA and product safety regulations enacted on the basis of its § 8 serve to implement a sum total of 11 European single market directives and Directive 2001/95/EC on General Product Safety in German law.

This law applies wherever products are made available in the market, exhibited or used for the first time in the course of a commercial activity. According to § 3, a product may only be placed on the market if it "does not present any risk for the safety and health of persons under normal or reasonably foreseeable conditions of use".

Besides these European aspects, the PSA also has parts of purely German origin, such as the regulations for the GS mark in section 5.

http://www.gesetze-im-internet.de/prodsg_2011/index.html

3.2 Substance regulations and prohibitions – relevant for products from various scopes

In contrast to the substance regulations in section 3.1, suppliers need to check here if their products fall under the scope of the respective requirement. Suppliers unable to clarify this independently need to consult HATZ/ Hatz Components.

3.2.1 Directive 2006/66/EC – Battery Directive

DIRECTIVE 2006/66/EC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 6 September 2006 on batteries and accumulators and waste batteries and accumulators and repealing Directive 91/157/EEC regulates the use of mercury and cadmium in batteries and accumulators.

Table 8 Substance regulations of battery directive

Substance	Maximum concentration in product %	Application restriction
Mercury and Mercury compounds	0,0005%	Batteries and accumulators
Cadmium and Cadmium compounds	0,002%	portable batteries and accumulators

3.2.2 Proposition 65 - Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986

The Californian "Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act" from 1986 (also known as "California Proposition 65" or "CP65") is a Californian law that came into force in 1986 to promote the cleanliness of drinking water. It is also intended to prevent carcinogenic substances and substances from entering consumer products that can lead to deformities.

“No person in the course of doing business shall knowingly and intentionally expose any individual to chemicals known to cause cancer or reproductive toxicity without first giving clear and reasonable warning to such individual.” – California Proposition 65, The Safe Drinking Water and Toxic Enforcement Act, 1986.

Should a substance listed in Proposition 65 be included in the supplied product, HATZ/ Hatz Components needs to be informed.

3.2.3 Biocides Regulation (EU) No. 528/2012 – Biocide Regulation

On 1 September 2013, the new Biocidal Products Regulation (BPR, EU Regulation No. 528/2012) concerning the making available on the market and use of biocidal products came into effect. With this regulation the authorization of biocides in the European Union is regulated uniformly and takes place in a staged procedure.

Each supplier of HATZ/ Hatz Components is obliged to fulfill the requirements and obligations for:

- Biocidal products
- Treated articles

to their full extent if their product falls under the scope of the regulation.

All materials and components treated with biocidal substances must comply with the requirements of the EU-Biocide Regulation.

3.2.4 Dodd-Frank Act

Title XV of the Dodd-Frank Act (sect. 1502) imposes documentation and publicity requirements on companies using specific conflict minerals (gold, tungsten, tin, tantalum) which are meant to ensure that no raw materials serving the funding of the armed conflict in the Democratic Republic of the Congo or a neighboring country are used.

In the course of its business activities, HATZ/ Hatz Components is required to provide its clients with statements about possible conflict materials. We are therefore asking all suppliers whose products contain at last one of the four metals

- gold
- tungsten
- tin
- tantalum

for a conflict mineral statement in the form of the Conflict Minerals Reporting Template of the Responsible Minerals Initiative (RMI) as amended from time to time.

3.3 Declarable substances

3.3.1 SVHC candidate list

The latest version of the official SVHC candidate list as per REACH Regulation (No. 1907/2006/EC) can be retrieved from the address:

http://echa.europa.eu/chem_data/authorisation_process/candidate_list_table_en.asp

Acc. article 33 of the REACH Regulation every supplier is obliged to the following:

(1) Any supplier of a product containing a substance meeting the criteria in Article 57 and identified in accordance with Article 59(1) in a concentration above 0,1 % weight by weight (w/w), shall provide the recipient of the product sufficient information, to allow safe use of the product including, at least, the name of respective substance.

Substances of very high concern (SVHC candidate list) in

- Components
- Replacement parts
- Accessories
- Packaging

If substances of very high concern published in the so-called candidate list as per Article 59(1) of Regulation No. 1907/2006/EC make up more than 0.1 % weight by weight of the delivered products, the contractor is required to provide all the information as per Article 33(1) with the delivery without prompting. This also applies where such a substance is only included in the candidate list during the ongoing supply relationship.

Private consumers need to make a request which must be answered free of charge within 45 days.

Pursuant to the decision by the European Court of Justice, the concept "once a product, always a product" applies. As soon as a product exceeds the concentration limit of 0.1 %, the presence of this SVHC candidate substance must be communicated.

3.4 Auxiliary production materials and operating materials

3.4.1 Safety data Sheets (SDS)

Safety data sheet (SDS) is the central communication element for hazardous substances and mixtures in the supply chain.

The SDS provides important information on the following features:

- Identity of the product
- Attendant risks
- Safe handling
- Prevention measures
- Emergency measures

The requirements for the contents and formats of safety data sheets (SDS) are defined in Article 31 and Annex II of the REACH Regulation (EC) No. 1907/2006.

The supplier of a substance/mixture is responsible for the safety data sheet being factually correct and completely filled in.

The safety data sheet needs to be provided to HATZ/ Hatz Components on paper, in electronic form or as a download option free of charge no later than on the day of the first delivery

Suppliers provide updated SDS immediately (Art. 31 (9)) if

- new information becomes available which may affect the risk management measures
- an authorization is granted or withdrawn
- a restriction has been issued

The corrected version needs to be provided to the customer, if the customer has been supplied within the last 12 months.

For reference only; binding is the German version.

Created: 04.12.2020 durch tec4U - Solutions GmbH, Saar-Lor-Lux-Straße 13, D-66115 Saarbrücken

Checked: 05.12.2020 durch Dr. Schubart Doris, Stroppa Oliver und Hötzl Monika